

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besprechungszeiten der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Abnahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Abenden für Inl. Anzahler:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Pauls-Böcke, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,250.
Abonnementspreis viertel, 4/2, Mt.,
incl. Frangolohn 5 Mt.,
durch die Post bezogen 6 Mt.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schickern für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Mt.
mit Postbefreiung 45 Mt.
Inserate 5 Gelp. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Labellarischer
Zug nach höherem Tarif.
Kerzen unter dem Abrechnungs-
buch die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postvorschuß.

Nr. 21.

Montag den 21. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nach §. 4 des nachstehends abgedruckten Regulativs der Friedensstiftung sind die Unterstü-
gungen aus dieser Stiftung am Tage des Friedensschlusses, sonach am 2. März, zu vertheilen, und wir fordern daher
diejenigen, welche um solche Unterstü-
gungen nachsuchen wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum
31. Januar 1878 mit den nöthigen Bescheinigungen bei uns einzureichen.
Spätere Anmeldungen würden für diesmal unberücksichtigt bleiben müssen.
Im Uebrigen verweisen wir auf unsere nachstehend wieder abgedruckte Bekanntmachung vom 21. Juni 1875.
Leipzig, am 17. December 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Nachdem wir die Bestimmungen des Regulativs für die Friedensstiftung der Stadt Leipzig in einigen
Puncten unter Zustimmung der Stadtverordneten abgeändert haben, bringen wir das abgeänderte Regulativ
nachstehend zur allgemeinen Kenntniß.
§. 1. Der Finsfuß des Stiftungscapitals an 60,000 A wird auf 5 Procent jährlich festgesetzt. Die
Zinsen laufen vom 1. Januar 1871 an.
§. 2. Die Zinsen werden verwendet zur Unterstü-
gung solcher in Leipzig wohnhafter Invaliden und
Kriegsblinden von Gefallenen oder verstorbenen Invaliden aus dem Kriege 1870/71, die einer Hilfe dringend
bedürfen.
§. 3. Ueber die Gewährung der Unterstü-
gung beschließt eine aus je 3 Mitgliedern des Rathes und der
Stadtverordneten zu bildende Deputation.
§. 4. Die Vertheilung der Unterstü-
gungen findet regelmäßig alljährlich am Tage des Friedensschlusses
statt; ausnahmsweise können Unterstü-
gungen auch außer dieser Zeit nach Ermessen der Deputation ge-
währt werden.
§. 5. Ueber Einnahmen und Ausgaben wird der Rath alljährlich Rechnung ablegen.
§. 6. Abänderungen dieses Regulativs bleiben dem übereinstimmenden Beschlusse des Rathes und der
Stadtverordneten vorbehalten.
Leipzig, am 21. Juni 1875.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. G. Wehler.

Geschäftslocal = Vermietung.

In der 1. Etage des in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangenen Hausgrundstücks Seckler's Hof,
Weichstraße Nr. 55, soll das jetzige von Herrn Emil Görlich innegehabte, aus einem kleinen Vorraum,
2 zweifelhafte Stuben nach der Reichstraße heraus und einer Kammer bestehende Geschäftslocal vom
1. April 1878 an auf drei Jahre fest und weiter gegen einhalbjährliche Kündigung an den Meistbietenden
vermietet werden, wozu wir Versteigerungstermin an Rathstafel auf
Dienstag den 22. dieses Monats Vormittags 11 Uhr
anberaumen.
Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen können schon vor dem Termine bei uns einsehen
werden.
Leipzig, den 8. Januar 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Gerutti.

Holz-Auction.

Dienstag, den 22. Januar a. e. sollen von Nachmittags 3 Uhr an im sogenannten Scheibenhof an
der Rennbahn bei Leipzig 1 buchene, 1 rüsterne und 13 elerne Klotze, sowie 9 elerne Schirrhölzer,
ferner 2 Raummeter Brennholze und 19 starke Laubhölzer
gegen sofortige Bezahlung und Abfuhr an den Meistbietenden verkauft werden.
Leipzig, am 17. Januar 1878.
Des Rathes Fort-Deputation.

Mugholz-Auction.

Freitag, den 1. Februar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Koenowitz auf dem
Hofschlage am Mühlwehre, Abth. 33, 36 und 36
ca. 112 eichene, 23 buchene, 96 rüsterne, 12 eschene und 14 elerne Mughölzer, sowie 90 eschene
und rüsterne und 19 elerne Schirrhölzer
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den
Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am Mühlwehre unweit des Schleusiger Weges.
Leipzig, am 14. Januar 1878.
Des Rathes Fort-Deputation.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 20. Januar.

Die Erwartung, welche Kaiser Wilhelm im
vorigen Jahre bei seinem Besuche im Elsaß aus-
sprach, daß er das Land wiederzusehen hoffe, wird
dem Anschein nach schon in diesem Jahre in Er-
füllung gehen. Der Kaiser hat den Wunsch aus-
gesprochen, das 15. Armee-corp im Manöver zu
sehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Straß-
burg das Standquartier werden, von welchem aus
das Manöverfeld täglich besucht wird.
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fühlt sich
berufen, den Reichstag in dem bekanntesten selbst-
bewußten Tone über seine Pflichten in der bevor-
stehenden Session zu belehren. Danach hat sich der
Reichstag ohne Säumen mit den ihm zugehenden
Vorlagen zu befassen, sich um die „Krise“ aber in
seiner Weise zu kümmern. Thäte er das Vextere,
so würde er nach der Ansicht des „deutschnova-
torischen“ Blattes „Sensationspolitik“ treiben, und
das ist nicht seine Aufgabe. In der That, eine
ganz neue Auffassung der schweren Regierungskrise,
welche wir in Reich und Staat durchzumachen
haben! Die Männer, welche darüber sinnen, wie
der Centralverwaltung des Reiches eine allseitig als
dringend notwendig empfundene bessere Organi-
sation zu geben sei, beschäftigen sich mit Sensations-
politik! Die „N. A. Ztg.“ wird sich nicht wundern,
wenn der Reichstag einer sehr andern Auffassung
huldigen sollte. Das Gewicht der legislativischen
Aufgaben, welche der nächsten Session nach den
bisherigen Angaben gestellt werden sollen, wird
sicherlich von keiner Seite verkannt. Aber schwerer
als alle Andere fällt denn doch die Frage in die
Baagschale, wie das Reich in Zukunft überhaupt
regiert werden soll. Solange diese Frage nicht
gelöst ist, wird sie als lähmender Alp auf der
Thätigkeit der gesetzgebenden Factoren lasten.

Ueber die Stellung der Fortschrittspartei,
wie sie durch die bekannte Hälnel'sche Erklärung
gezeichnet ist, spricht sich eine Berliner Corre-
spondenz der „Kielser Zeitung“ aus. Nachdem der
Correspondent (Dr. Hälnel?) seiner Benennung
über Ausdruck gegeben, daß Herr Richter sich trotz
seiner Breslauer Rede den Standpunkt des Herrn
Hälnel angeeignet habe, fährt derselbe fort: „Es
heißt einfach am des Kaisers Bart streiten, wenn
man die Unterschiede zwischen der Richter'schen Rede
und dem Hälnel'schen Aussätze in einem Augenblicke
erkennt, wo die Stellung der Fortschrittspartei in
authentischer Weise dargelegt ist. Ein Wunder
kann sein, daß die Position der Nationalliberalen
durch diese Offenlegung des fortschrittlichen Pro-
gramms für jede Eventualität eine bessere ge-
worden ist. Sie hat ihnen die Gewißheit einer be-
dingten Unterstü-
gung gegeben, falls das Ministerium
oder das Reichsamt des Reichs zu Stande
kommt, und sie giebt ihnen eine ehrenvolle und
sichere Rückzugslinie, wenn die Verhandlungen scheitern
sollten. Der Hälnel'sche Aussatz eröffnet die
Möglichkeit einer Wiederaufnahme der früheren
freundschäftlichen Beziehungen der beiden libera-
len Fractionen, daß ist der entscheidende Punct,
dem gegenüber alles Andere wirklich Nebensache
ist. Retrospective Betrachtungen werden schwer-
lich einen praktischen Erfolg haben, deshalb wäre
es vielleicht klüger, die alten Wankelmeier einzu-
stellen und den Blick auf die Zukunft, auf das
Interesse der Gesamtheit der liberalen Partei
zu richten.“

Die „Socialdemokratische Correspondenz“ kün-
digt mit Bezug auf die Versammlungen der christ-
lich-socialen Arbeiterpartei eine Agitation für den
Austritt aus der Kirche an. Sie schreibt:

„In Berlin wird von socialistischer Seite jeden-
falls in kurzer Zeit eine Kundgebung erfolgen,
welche jener Bewegung sich in ganz empfindlicher
Weise bemerkbar machen dürfte: wir meinen, eine
großartige Manifestation zum Austritt aus der
Landeskirche.“

Der „Dr. Ztg.“ schreibt man aus Berlin: In
der richterlichen Welt macht die Entscheidung der
Justizcommission des Abgeordnetenhauses, welche
den Antrag als richterliche Amtstracht verbannt und
dafür die französische Kote nebst dem Sammet-
barret einzuführen vorschlägt, berechtigtes Auf-
sehen. In den Rheinländern ist man freilich mit
dieser feierlichen Amtstracht vertraut; nicht so in
den östlicheren Gegenden des preussischen Staats
und manches Für und Wider glossirt einen Beschluß,
der freilich, ehe er endgültig und verbindlich wird,
noch verschiedene Stadien der Berathung zu durch-
laufen haben wird.

Aus Baden und der Pfalz werden die An-
fänge einer lebhaften Agitation gegen das preussische
Tabaksteuerproject signalisirt. Man will in
diesen Gegenden, die vorzugsweise der Sitz des
deutschen Tabakbaues sind, auf die Regierung ein
einen Trud ausüben, damit sie ihre Stimmen im
Bundesrathe gegen den Antrag und nöthigenfalls
lieber für Einführung des Monopols abgeben.
Auch in der Haltung der Reichstagsabgeordneten
jener Gegenden, die fast alle der nationalliberalen
Partei angehören, wird sich voraussichtlich die
Wirkung der jetzt im Leben gerufenen Agitation
gegen das dem Bundesrathe vorliegende Project
zeigen.

In Bayern schreitet der Herbrödelungsproceß
der ultramontan-particularistischen Patrioten-
partei fort. Der Abgeordnete Baron Oriezen-
beck (Patriot) ist aus der Kammer getreten.

Die Tendenz-Ente von der österreichischen
Protestnote, welche in Konstantinopel übergeben
worden sei, spukt noch immer in den türkenfreund-
lichen Blättern fort. Dem gegenüber erklärt die
„Presse“: „Es ist keine wie immer geartete Pro-
testnote, in welcher gegen einen Separatfrieden
Einsprache erhoben wird, nach Konstantinopel ab-
gegangen. Wohl aber ist auf eine ausdrückliche
Anfrage des türkischen Cabinet's diesem in der
Rückantwort wiederholt worden, was seit Monaten
nicht bloß im diplomatischen Verkehr, sondern
auch dem Parlament gegenüber von unserem
Auswärtigen Amte erklärt worden ist: daß näm-
lich der Friedensschluß, soweit derselbe europäische
Interessen berührt und formell noch zu Recht be-
stehende Verträge ändert, auch vor ein europäisches
Forum gehöre. Nur wenn die Vertragsmächte
diesen Theil des Friedensschlusses genehmigen, könne
auch ihre Gültigkeit anerkannt werden. Dies zu
bemerkten, sehe Oesterreich sich als Vertragsmacht
und Garantemacht veranlaßt. Wenn darauf be-
sondres Gewicht gelegt wird, daß in jüngster Zeit
in Petersburg keine derartige Note abgegeben
worden, während ähnlich lautende Erklärungen
Englands nicht bloß in Konstantinopel, sondern
in Petersburg notificirt wurden, so erklärt sich
das hinlänglich durch die Thatfache, daß inner-
halb der Mächte des Drei-Kaiser-Bundes seit
Anbeginn des Krieges die gegenseitige Stellung
zu dem eventuellen Friedensschlusse deutlich präcisiert
und von der am Kriege beteiligten Bündnißmacht
die Berechtigung einer Einspruchnahme Europas im
Allgemeinen und Oesterreichs, als des nächst inter-
essirten Staates, insbesondere, niemals in Abrede
gestellt worden ist. Was die letzten Tage über gar
von einem Loslösen Oesterreichs von dem Drei-
Kaiser-Bündniß gesprochen worden, gehört vollends
in das Gebiet der politischen Märchen. Oesterreich

hat wahrlich keinen Grund, von einer Politik ab-
zuweichen, durch die es einen allgemeinen euro-
päischen Brand abgewendet und sich selbst den
Frieden erhalten hat, lediglich um für den Fall,
daß England doch noch in Action einzutreten en-
tschlossen wäre, für den „Fisch den Wolf“ zu hegen
und für fremde Interessen die eigene Haut zu
Markte zu tragen.“

Der „Köln. Ztg.“ telegraphirt man: Das „un-
vorhergesehene Ereigniß“, durch welches die eng-
lische Thronrede die zu treffenden Vorträge
bezüglich, wird allgemein auf die Behauptung
Konstantinopel durch die Russen bezogen.
Bei der in Rom am 19. Januar stattgehabten
Eidesleistung des Königs Humbert waren
anwesend die Königin, die Prinzen von Portugal,
der Kronprinz des deutschen Reiches, der Erbprinz
Rainer, der Marschall Canrobert und der gesammte
königliche Hof. Der König leistete den Eid nach
der üblichen Formel und unterzeichnete dieselbe.
Hierauf leisteten die Senatoren, unter denen sich
auch der Prinz Amadeus und der Prinz von
Carignan befanden, und die Deputirten, von denen
etwa 460 erschienen waren, den Eid. Nach der
Eidesleistung hielt der König die Thronrede, welche
wiederholt von Beifall unterbrochen wurde. Darauf
kehrte der Hof in den Quirinal zurück. Der
König wurde auf dem Hinwege wie auf dem Rück-
wege, auf den Straßen enthusiastisch begrüßt.

In der Thronrede hieß es: „Ich fühle mich
ernüthigt, das Leben wieder in seine Rechte treten
zu lassen. Indem ich die Trauer des Landes für den
König-Befreier sehe, ist diese dadurch belandete Ein-
seitigkeit der Anhänglichkeit mir ein erhebender Trost
und ebenso meiner theuren Gemahlin, welche unferen
geliebten Sohn nach dem glorreichen Beispiel seines
Großvaters erziehen wird. Die Kundgebungen von
ganz Europa, die Theilnahme erlauchter Fürsten
an der Befestigung des theuren Verstorbenen waren
und ebenfalls ein großer Trost. Diese Kund-
gebungen verstärken meine Ueberzeugung, daß das
freie Italien eine Bürgschaft des Friedens und
des Fortschritts ist. Ihre Aufgabe ist es, das Land
auf dieser Höhe zu erhalten. Italien hat meinen
erlauchten Vater zu verstehen gesucht. Mein
Vater hat nie aufgehört mich zu lehren, daß die
gewissenhafte Beobachtung der freien Einrichtungen
des Landes die sicherste Gewähr bietet gegen alle
Gefahren. Das ist der Glaube meines Hauses,
das wird meine Stärke sein. Das Parlament
wird mir sicher zur Seite stehen in Aufrichtigkeit
und mit den Gesinnungen der Eintracht und
Vaterlandsliebe. Mein einziger Ehrgeiz ist, das
Vob zu verdienen, daß ich meines Vaters würdig
war.“

Als Specialgesandter des Kaisers von Rus-
land zur Beglückwünschung des neuen Königs
Humbert wird General Gicla in Rom erwartet.
Die beiden italienischen Schiffe, welche
s. B. im Bosporus mit Beschlag belegt wurden,
sind wieder freigegeben worden.

Die „Agence générale Russe“ legt gegen die
Unterstellungen gewisser Journale entschiedene Ver-
wahrung ein, die aus dem Umstande, daß die rus-
sischen Obercommandirenden keine Wei-
sungen empfangen hätten, auf einen Hintergedanken
der russischen Regierung, die Begegnung mit den
türkischen Unterhändlern zu verzögern, schließen
wollten. Ueber den Waffenstillstand habe nicht
verhandelt werden können, so lange die türkischen
Bevollmächtigten in Folge von Transportschwierig-
keiten in Refanlyk überhaupt noch nicht angekommen
waren. Die russische Regierung wünsche aufrichtig
den Frieden; aber die Thatfache, daß die Pforte
ihre Truppen von dem Eintritt eines Waffenstill-

standes benachrichtigte, war ein Zeichen, welches
beweist, daß dieselbe diejenigen Meinungen in
Europa auszubeuten beabsichtigte, die immer geneigt
sind, Rußland Berechnungen unredlicher Art unter-
zuschreiben und welches zugleich darthut, daß die
Pforte, indem sie einen Waffenstillstand beantragt,
nicht den Frieden im Auge hat, sondern nur die
Mittel, ihren Widerstand zu verlängern.

Ein officielles Telegramm aus Schipla vom
19. Januar berichtet: Am 16. d. nahmen die West-
lauer Leibdragoonen nach einem hartnäckigen, die
ganze Nacht dauernden Kampfe mit den bewaffneten
Einwohnern Hemanli ein, wobei 2 Dragoner
getödtet und 8 verwundet wurden. Die schnelle
Einnahme Tirnowas und Hemanli's verdankt man
der Energie des Generals Strousoff, welchem General
Stobeleff II. das Commando des ganzen Corps
seines Detachements anvertraute. Das letztere con-
centrirt sich jetzt bei Hemanli. General Strousoff
marschirt heute weiter, die Dragoner voran.

Neue Mittheilungen aus Konstantinopel be-
stätigen, daß die Türken die Vertheidigung von
Adrianopel ausgegeben und alle Truppen und
Geschütze zurückgezogen haben. Der türkische General-
gouverneur hat Adrianopel verlassen und nur 72
Gendarmen zurückgelassen, welche die Ruhe und
Ordnung aufrecht erhalten sollen, bis der Ein-
marsch der Russen erfolgt. Vextere soll unmittel-
bar bevorstehen, nachdem die Russen bereits in dem
nur wenige Kilometer von Adrianopel entfernten
Mustapha Pascha eingetroffen. Es seien Maß-
regeln getroffen, daß die zurückgelassenen Gend-
darmen nach dem Einmarsch der Russen unbehelligt
abziehen könnten. Am Sonnabend sei ein Eisen-
bahnzug von Adrianopel abgegangen, der alle
Fremden und Einheimischen, die die Stadt zu ver-
lassen gewünscht hätten, mit sich geführt habe. Der
französische Consul sei zum Schutze seiner Land-
leute zurückgeblieben. — Von Suleiman Pascha
fehlt jede Nachricht. — Die türkischen Unter-
händler sind am Freitag im russischen Haupt-
quartier in Refanlyk eingetroffen, wo sofort mit
den Verhandlungen begonnen wurde. — Jzzet
Beg, ein Enkel Fuad Pascha's, ist mit neuen
Weisungen für die türkischen Unterhändler nach
Refanlyk abgereist. — Das Kriegsministerium hat
zum Zweck der Einberufung aller unverbesserten
Männer zur Vertheidigung der Befestigungen der
Hauptstadt eine Commission eingesetzt.

Der „Polit. Correspondent“ wird aus Konstantinopel
gemeldet, der Ministerrath hätte die Räumung
Adrianopels nicht aus militairischen, sondern
aus politischen Gründen beschlossen. — Die Ver-
bereitungen, welche für die Uebersiedelung des
Sultans nach Brussa getroffen worden wären,
sind in der Erwartung des Abschlusses eines Waffen-
stillstandes eingestell.

Ein Trabe des Sultans ruft alle Ottomanen
unter die Waffen zur Vertheidigung des Vater-
landes, das in Gefahr sei.

Dem mehrstündigen Ministerrathe, welcher
am 17. Januar im Serasferat unter dem Vor-
sitz des Sultans stattfand, wohnten mehrere
Ulema's, Generale und ehemalige Minister bei.
Man verkehrte telegraphisch mit den Armee-corp-
Commandanten und berathschlagte über die Lage
sowohl für den Frieden- wie für den Kriegsfall.
Nach der Sitzung wurden dem Sultan mehrere
Deputirte vorgestellt, denen der Sultan für die
Organisirung der zur Unterstü-
gung von Ausge-
wanderten getroffenen Einrichtung seinen Dank
aussprach. Die fortwährend in Konstantinopel
eintreffenden Flüchtlinge werden in Ministerpalais
und in Privatwohnungen untergebracht.
Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“,